

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland

Vechta, Oldb, 1969-

Joachim Kuropka: Die Reichstagswahlen im Oldenburger Münsterland
1918-1933

urn:nbn:de:gbv:45:1-5285

Die Reichstagswahlen im Oldenburger Münsterland 1918 - 1933

VON JOACHIM KUROPKA

Eine Analyse der Reichstagswahlergebnisse während der Weimarer Republik scheint auf den ersten Blick, viel Neues nicht zutage fördern zu können. Alfred Milatz hat in seinem grundlegenden Werk über „Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik“¹⁾ den durch die Wahlergebnisse faßbaren politischen Prozeß im Deutschen Reich eingehend untersucht und insbesondere eine Antwort auf die Frage zu geben versucht, inwieweit die deutschen Wähler das Scheitern der ersten Republik mit verursacht haben. Hier ist es vor allem sein Anliegen, das Ansteigen der radikalen Parteien, NSDAP und KPD, zu erklären und die Faktoren aufzuzeigen, die die Entscheidung der Wähler für diese Parteien und damit gegen die Republik begünstigt haben.

Die aus der Wahl zur Nationalversammlung 1919 hervorgegangene stabile Mitte des neuen Parteiensystems mußte in der Reichstagswahl im Jahre 1920 aus verschiedenen Gründen erhebliche Einbußen hinnehmen, die sich aus den Wirren der Nachkriegszeit, der wirtschaftlichen Notlage weiter Teile der Bevölkerung und der Agitation links- wie rechtsradikaler Parteien erklären. Während die sogenannte Weimarer Koalition (DDP, Zentrum, SPD) nur noch 43,6 % der Wähler auf sich vereinigen konnte, kamen KPD, USPD und DNVP zusammen auf 33,3 % und damit auf über 9,8 Mio. Wählerstimmen *).

In der Wahl vom Mai 1924 setzte sich dieser Trend fort; die Rechte hatte durch die deutschen Reparationsleistungen unter dem Schlagwort von der „Erfüllungspolitik“ Gelegenheit zu nationalistischer Hetze, und die Linke zog Gewinn aus der Haltung der SPD, die sich weder zu konsequenter Opposition noch Regierungsunterstützung durchrang. So konnte die DNVP stärkste Fraktion im Reichstag werden, konnten die Deutsch-Völkischen einen ersten Erfolg buchen und die KPD den größten Teil der Konkursmasse der USPD an sich ziehen. Radikale von rechts und links erreichten 41,4 % der Stimmen und stellten 199 von 472 Reichstagsabgeordneten.

Der wirtschaftliche Aufschwung des Jahres 1924 und eine gewisse außenpolitische Entlastung trugen dazu bei, daß die Wahl vom Dezember dieses Jahres einen gewissen Erfolg für die demokratischen Republikaner brachte. Kommunisten und Völkische, jetzt unter dem Namen Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, verzeichneten starke Einbußen, während die Mitte zu Gewinnen kam. Erst nach vier Jahren, für die Weimarer Republik eine ungewöhnlich lange Zeit, gingen die Wähler erneut zur Urne. Die inzwischen sogar in die Regierung eingetretene DNVP erwies sich als Verlierer dieser Wahl, während sich die Sozialdemokraten fast um ein Drittel ihrer Sitze steigern konnten; Verluste hatten DDP und DVP hinzunehmen, so daß die Weimarer Koalition im Reichstag noch immer nur die Minderheit war.

Die Wirtschaftskrise und die durch das Volksbegehren gegen den Young-Plan aufgeputschten politischen Leidenschaften führten in der Wahl vom 14. 9. 1930 zu einem Erdbeben in der deutschen Parteienkonstellation, 107 Mandate gingen

*) DDP = Deutsche Demokratische Partei,
DNVP = Deutschnationale Volkspartei,
DVP = Deutsche Volkspartei,
USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

an die NSDAP, 18,3 % der Wähler hatten sich für sie entschieden. DNVP und DVP wurden praktisch halbiert, die DDP, seit 1930 deutsche Staatspartei, mußte große Verluste hinnehmen, auch die SPD verlor, während die KPD sich von 10,6 % auf 13,1 % steigern konnte. Relativ stabil über den gesamten bisher betrachteten Zeitraum hielten sich lediglich das Zentrum und die Bayerische Volkspartei.

In den beiden 1932 folgenden Wahlen setzte sich der Trend für die NSDAP fort, wenn auch mit einem schweren Rückschlag im November 1932. Die bürgerliche Mitte wurde völlig zerrieben, die Sozialdemokratie mußte Teile ihrer Wählerschaft an die KPD abgeben, resistent gegenüber den Extremen blieb in erster Linie der politische Katholizismus, das Zentrum nahm sogar leicht zu.

Die letzte halbwegs demokratische Wahl schon während der nationalsozialistischen Diktatur ist in diesem Zusammenhang für die Entwicklung der politischen Stärkeverhältnisse nur bedingt aussagekräftig, da ihr von der nationalsozialistischen Regierung völlig andersartige Ziele zugeschrieben wurden: Der Präsident des Preußischen Landtages, der NSDAP-Abgeordnete Kerrl erklärte am 5. 2. 1933 in Münster ganz offen, daß „nach dem 5. März nicht mehr gewählt werde. Adolf Hitler habe jetzt die Macht und niemand in der Welt könne ihn wieder davon abbringen. Die Wahlen des 5. März fänden statt, nicht um eine neue Regierung zu bestimmen, sondern um eine feste Fundamentierung dieser Regierung im Volke vor aller Welt durch die Zahl der Stimmen bekunden zu lassen“²⁾. Der Einsatz aller staatlichen Mittel führte zu einer Wahlbeteiligung von 88,8 %, der höchsten bei Reichstagswahlen bisher erreichten. Die NSDAP kam auf 43,9 % der Stimmen, blieb jedoch in den katholischen Gebieten deutlich unter diesem Ergebnis. Das Zentrum konnte trotz der Behinderungen im Wahlkampf sogar 200.000 Stimmen hinzugewinnen, ging aber angesichts der höheren Wahlbeteiligung prozentual um 0,7 % gegenüber der letzten Wahl auf jetzt 11,2 % zurück. Ebenso konnte sich die SPD behaupten, sie büßte nur 66.000 Stimmen ein, die Verluste der KPD dagegen waren beträchtlich (1,13 Mio.), was aber angesichts der Verfolgungen nach dem Reichstagsbrand nicht verwunderlich ist. Die NSDAP hatte also die absolute Mehrheit nicht erreicht, dazu verhalfen jedoch die 8 % des Koalitionspartners DNVP, im Wahlkampf als „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ angetreten.

Dieser allgemeine Überblick für das Deutsche Reich beschreibt jedoch die Verhältnisse in jeder einzelnen Region nur im Ausnahmefall einigermaßen zutreffend. Denn im Wahlakt „erweisen sich die vielfältigen Reaktionen der ökonomisch bedingten wie der weltanschaulich oder religiös bedingten sozialen Gruppen auf das Parteiwesen“³⁾. Diese aber sind in großräumigen Untersuchungsgebieten, wenn überhaupt, so nur höchst ungenau zu erfassen, angesichts der vielfältigen, z. T. sehr kleinräumigen Traditionsbindungen und der sehr differenzierten sozioökonomischen und konfessionell-weltanschaulichen Struktur Deutschlands. Abendroths Forderung, möglichst begrenzte Untersuchungsgebiete zu wählen und die untersten technisch erfaßbaren Einheiten zu berücksichtigen, kann daher nur unterstrichen werden⁴⁾.

Die einschlägige Literatur zeigt jedoch, daß diese Aufgabe so leicht gar nicht zu lösen ist, wie dies zunächst scheinen mag. Untersuchungen, die die Entwicklung auf der Gemeindeebene mit berücksichtigen, sind dünn gesät⁵⁾, während doch in einer Reihe von Arbeiten die Wahlstruktur auf Länderebene untersucht wird. Als gelungenes Beispiel einer Landesstudie, die die Gemeindedaten aufbereitet, kann die Arbeit von Hans Hüls über das Land Lippe gelten, wo ein solches Vorgehen durch die Kleinräumigkeit des Landes ermöglicht wird⁶⁾.

Für den niedersächsischen Raum hat Günther Franz die Wahlergebnisse von 1867-1949 auf Kreisebene zusammengestellt und, graphisch allerdings wenig befriedigend, anschaulich zu machen gesucht ⁷⁾. Eine Untersuchung für das ehemalige Land Oldenburg und die ehemalige preußische Provinz Hannover liegt nicht vor, während die Wahlen in Braunschweig von Ernst-August Roloff mitbehandelt werden ⁸⁾.

Ein Beitrag zur Verringerung dieses Defizits ist jedoch allein schon von der Erreichbarkeit der Daten her so leicht gar nicht zu leisten. Die Statistik des Deutschen Reiches weist Wahlergebnisse für Gemeinden nur bei mehr als 2000 Einwohnern aus; für die Wahlen zur Nationalversammlung wurden nur die Ergebnisse der Reichstagswahlkreise und für die beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 lediglich die der Ämter gegeben. Weitergehende Zahlen enthält auch das Staats-Handbuch des Freistaates Oldenburg nicht für alle Wahlen.

Amtliche Unterlagen für die Zeit vor 1945 sind, wenn überhaupt noch vorhanden, nur sehr schwer greifbar, so daß man gezwungen ist, auf die zeitgenössischen Berichte der Tageszeitungen, im vorliegenden Fall auf die Oldenburgische Volkszeitung und die Münsterländische Tageszeitung zurückzugreifen. Die damalige Berichterstattung war nicht in dem Maße statistisch orientiert wie wir dies heute gewohnt sind, so daß Prozentzahlen zur Wahlbeteiligung fehlen und diese z. T. nur aus Vergleichen annähernd erschlossen werden können, was natürlich unbefriedigend bleibt. Ein kaum hinreichendes methodisches Problem stellt die wechselnde Zuordnung einzelner Gemeindeteile dar. Hier bleibt nichts anderes möglich, als die jeweiligen Zahlen aufzunehmen, da ein Auseinanderrechnen eben einfach unmöglich ist. So bedauerlich solche Mängel im einzelnen sein mögen, das Gesamtbild der größeren Trends dürfte dadurch zumindest nicht schwerwiegend beeinflusst sein.

Die beherrschende politische Kraft im Oldenburger Münsterland war das Zentrum. Die Partei konnte ihre Spitzenstellung von 1912 (letzte Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg) bei der Wahl zur Nationalversammlung wieder einnehmen und beispielsweise im Amt Cloppenburg 89 % der gültigen Stimmen gewinnen, gegenüber 97 % im Jahre 1912 ⁹⁾. Die Zentrumspartei konnte ihre führende Stellung im Oldenburger Münsterland fast durchweg bis zum Ende der Weimarer Republik behaupten.

Unter diesen Umständen beschreiben die oben knapp skizzierten Trends der Wahlentwicklung im Deutschen Reich die politischen Verhältnisse der Südoldenburger Region natürlich nicht zutreffend. So läßt sich zwar das Zusammen-

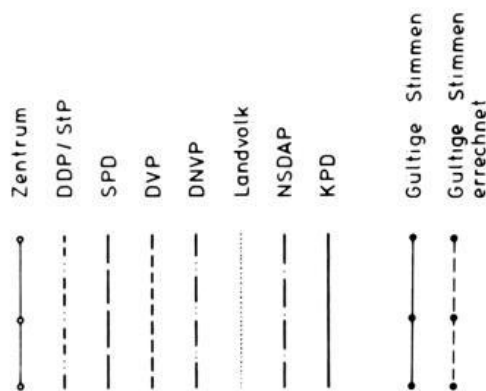


Abb. 2 Ämter Cloppenburg u Friesoythe

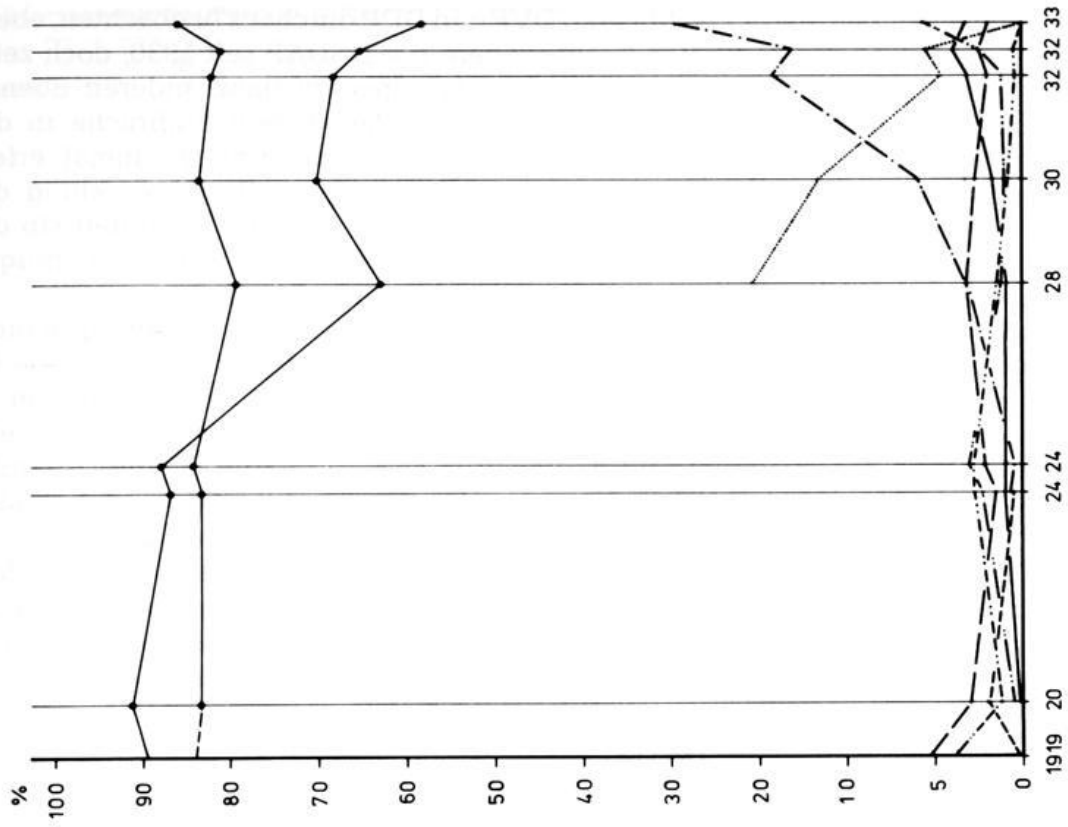
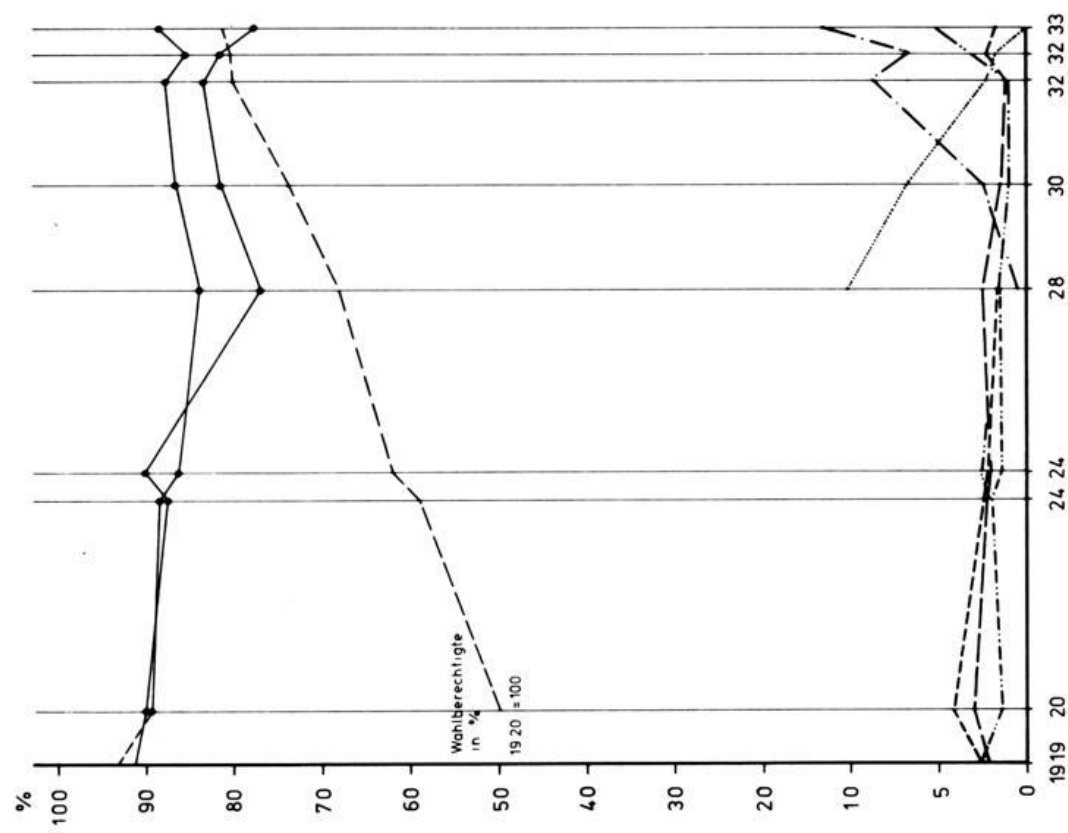


Abb. 1 Amt Vechta



schmelzen der bürgerlichen Mitte an DVP und DDP durchaus beobachten, ebenso der Aufstieg der Radikalen, insbesondere der NSDAP seit 1930, doch zeigt ein Blick auf die Abbildungen 1 und 2, daß dies auf ganz anderen Ebenen geschah als im Reichsdurchschnitt und selbst die großen Einbrüche in das Parteiengefüge des Oldenburger Münsterlandes damit nicht einmal erfaßt werden. Die folgende knappe Analyse soll vor allem die Entwicklung der „großen“ Parteien dieses Raumes verfolgen, Differenzierungen innerhalb der heutigen Kreise Cloppenburg und Vechta nachgehen und dabei die gängigen Thesen zum Aufstieg des Nationalsozialismus im Blick behalten.

An den Wahlergebnissen der heutigen Kreise Vechta und Cloppenburg ist nicht der Aufstieg des Nationalsozialismus das Überraschende, dies ist eher, wie für ein weitgehend katholisch geprägtes Gebiet nicht anders zu erwarten, ein im Vergleich zum Reichsdurchschnitt ziemlich gebremster Aufstieg. Überraschend ist vielmehr der starke Einbruch, den die Zentrumsparterie in ihrer Stammwählerschaft im Jahre 1928 hinnehmen mußte. Das Zentrum verlor im heutigen Kreis Cloppenburg nicht weniger als über 20 % seiner Wähler, über 10 % im Amt Vechta. Gleichzeitig erreichte die Landvolkpartei aus dem Stand zwischen 10 und 20 % der Wählerstimmen, die sie offenbar direkt dem Zentrum abnehmen konnte¹⁰⁾. Die Ämter Cloppenburg und Friesoythe einerseits und Vechta andererseits unterscheiden sich zwar in der Stärke dieser Bewegung, nicht aber im allgemeinen Trend der Stimmenentwicklung auch bei den anderen Parteien, wobei diese im Cloppenburger Raum etwas stärker vertreten sind als im Vechtaer Bezirk. Da beide Gebiete stark agrarisch geprägt sind, muß nach weiteren oder differenzierenden Faktoren gesucht werden, die für diese Entwicklung die Ursache sein könnten.

Der Vergleich einer ganz überwiegend bäuerlichen Gemeinde wie Bakum (Abb. 3) mit einer bäuerlich gewerblich strukturierten wie Lohne (Abb. 4) (Stadt- und Landgemeinde) zeigt die prinzipiell ähnliche Entwicklung. Unterschiede sind lediglich in der Breite des Parteienspektrums zu beobachten. Allerdings konnte sich in Bakum die Landvolkpartei bis zur zweiten Wahl des Jahres 1932 relativ gut halten, während deren Stimmen von 1930 bis zur ersten Wahl 1932 in Lohne wahrscheinlich der NSDAP zugute kamen. Ein vergleichsweise hohes Ansteigen der kommunistischen Stimmen auf immerhin 5 % in Lohne kann ein Hinweis auf dessen industrielle Prägung sein, obwohl der weitaus größte Teil der Arbeiter treue Zentrumswähler waren. Bemerkenswert ist hier noch der deutlich sichtbare Wechsel einer Anzahl von Wählern zwischen KPD und NSDAP in den Wahlen 1932-33.

Es kann demnach festgehalten werden, daß die Krise, die über die deutsche Landwirtschaft hereinbrach, und zwar lange vor dem „Schwarzen Freitag“ des Jahres 1929, die konfessionellen Bindungen an das Zentrum, die Partei des deutschen Katholizismus, im Amt Vechta nur bedingt aufzubrechen vermochte. Die Landvolkpartei, in dieser Region unter christlich-konservativem Vorzeichen als „Christlich-Nationale Landvolk- und Bauernpartei“ angetreten, konnte zwar Einbrüche erzielen, die aber das Zentrum in den folgenden Wahlen zum größten Teil wieder wettzumachen vermochte. Die allgemeine Wirtschaftskrise seit 1929 führte auch in einer gewerblich orientierten Gemeinde lediglich zur Aktivierung eines Protestpotentials von knapp 10 % der Wähler, das sich den radikalen Parteien zuwandte.

Inwieweit die katholische Konfession eine Bedingung für den langsameren Anstieg der NSDAP war, kann an den beiden Gemeinden des Amtes Vechta

Abb 4 Lohne (Stadt- u Landgemeinde)

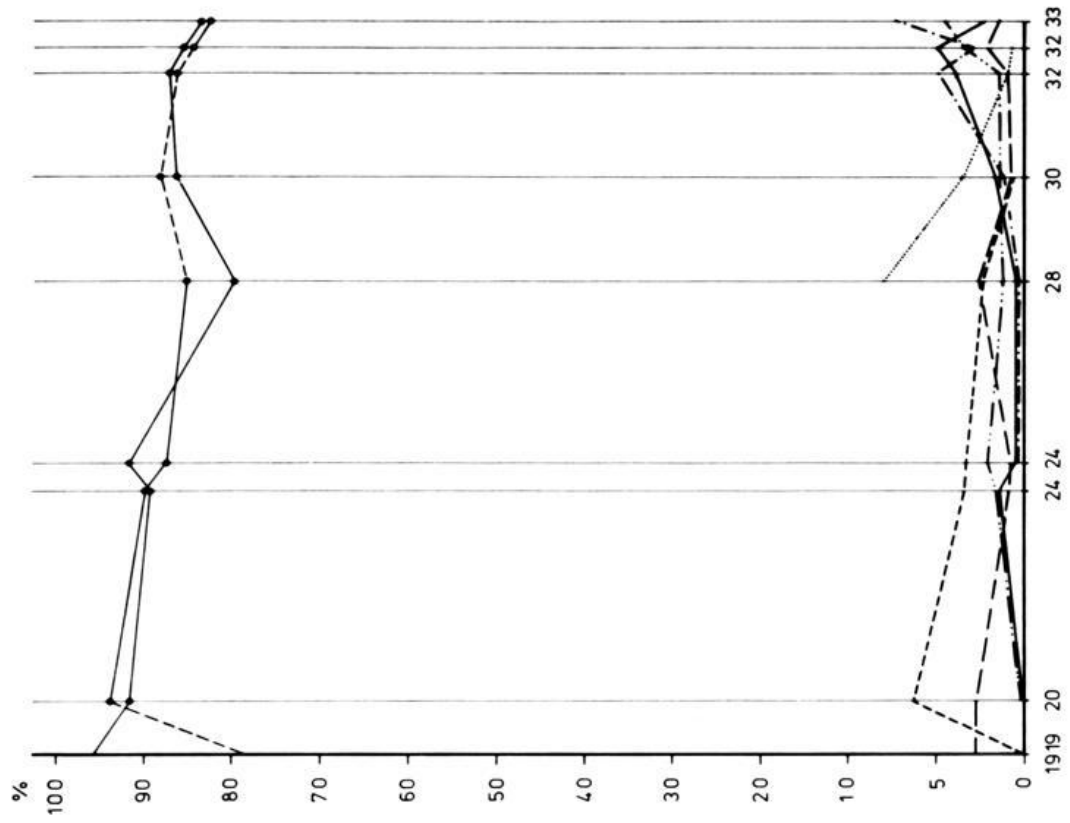
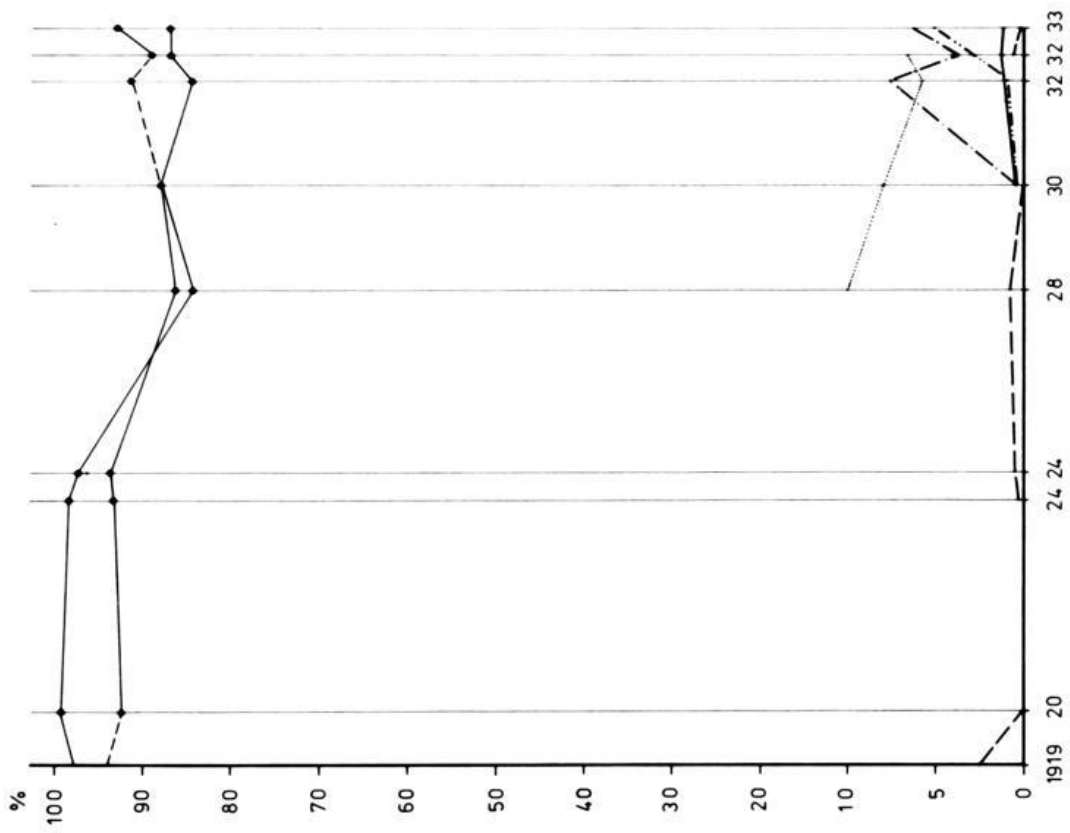


Abb 3 Bakum



mit einem etwas höheren protestantischen Bevölkerungsanteil überprüft werden, nämlich Goldenstedt und Neuenkirchen. Im Jahre 1932 hatte Goldenstedt 33,1 % und Neuenkirchen (zusammen mit Holdorf) 17,9 % protestantische Einwohner ¹¹⁾.

Beide Gemeinden (Abb. 5 u. 6) weisen ein sehr viel differenzierteres Bild in den von den Wählern bevorzugten Parteien auf, wobei dies für Goldenstedt mit dem höheren Anteil nicht katholischer Einwohner noch stärker zutrifft. Der Niedergang dieser Parteien bis 1928 trifft zusammen mit dem Aufbruch des Landvolks und den Einbußen des Zentrums. Während das Zentrum etwa die Hälfte der 1928 verlorenen Stimmen zurückgewinnen konnte, trat ein großer Teil der Landvolkwähler zur NSDAP über, die außerdem von der höheren Wahlbeteiligung profitierte und einen Teil der neuhinzukommenden Wahlberechtigten auf sich ziehen konnte ¹²⁾.

Es scheint sich hier also das Bild von der Resistenz des politischen Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus zu bestätigen. Die Funktion der Landvolkparteien kann in diesem Zusammenhang beschrieben werden als eine Art Katalysator für den Nationalsozialismus. Gerade die weltanschaulich-emotional nicht so stark auf eine Partei fixierte Wählerschaft folgte dieser reinen Interessenpartei und wechselte dann um so leichter zu den Nationalsozialisten, als sich die „Aussichtslosigkeit politischer Sonderaktionen der Bauern“ ¹³⁾ herausstellte. Dieser Prozeß ist nicht allein als ein direkter Übergang von Landvolkwählern zur NSDAP zu verstehen. Vielmehr konnte durch die Landvolkbewegung bei einem Teil der Zentrumswählerschaft die weltanschauliche Bindung auf den zweiten Platz der Wahlentscheidungskriterien gedrängt werden. Die einmal gelockerten Bindungen waren selbst bei einer Rückkehr zur „Stamm-partei“ in der bedrängenden Situation der Jahre 1932/33 und der emotional stark aufgeladenen Atmosphäre des Frühjahrs 1933 leichter erneut aufzubrechen, nicht zuletzt unter dem Vorzeichen einer Art „Erlösungserwartung“, mit der man dem „Dritten Reich“ vielfach entgegensah.

Die NSDAP ihrerseits erkannte ihre Chance und verstärkte gleichzeitig ihre Bemühungen um die Landbevölkerung durch erhöhte Propaganda und den Aufbau der Organisationsstruktur der Partei für den Agrarbereich ¹⁴⁾.

Für das Amt Vechta - mit Ausnahme der Stadt Vechta - ist dies an dem mit dem Abstieg der Landvolkpartei einhergehenden Aufstieg der NSDAP ablesbar. Es erhielten in Prozent der gültigen Stimmen:

Tabelle 1: Rückgang der Landvolkpartei und Aufstieg der NSDAP 1928-1933 im Amt Vechta

	Landvolkpartei				NSDAP			
	1928	1930	Juli 1932	1933	1928	1930	Juli 1932	1933
Bakum (+ Langförden)	10,0	8,0	5,8	—	0,1	0,1	7,4	6,5
Damme	8,9	4,1	3,2	—	0,3	1,2	5,6	12,7
Dinklage	8,1	4,6	1,9	—	0,2	2,0	6,6	8,7
Goldenstedt (+ Lutten)	20,2	15,0	3,5	—	0,6	7,7	19,9	26,3
Lohne	8,1	3,5	1,0	—	0,5	1,3	4,9	7,3
Neuenkirchen (+ Holdorf)	13,5	8,4	1,9	—	0,4	3,4	19,9	24,6
Steinfeld	7,4	3,0	2,1	—	0,5	1,8	4,1	7,4
Visbek	14,2	11,9	3,4	—	0,5	2,1	7,9	16,1

Abb 6 Goldenstedt

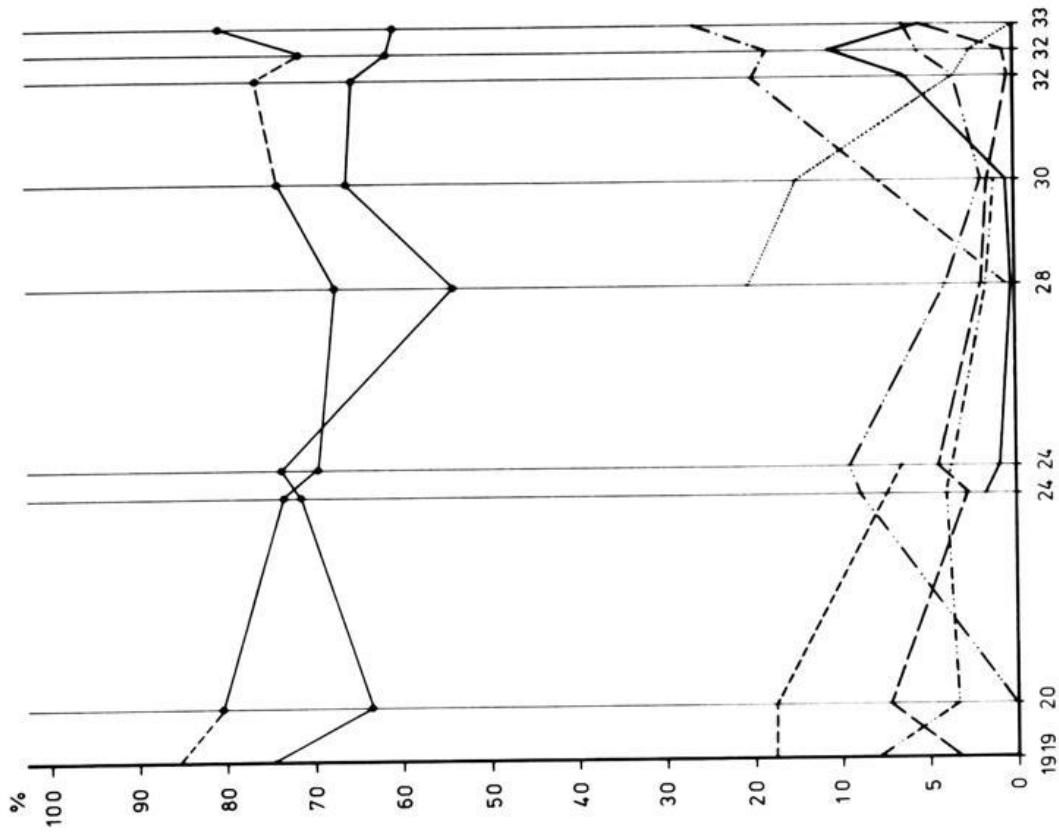
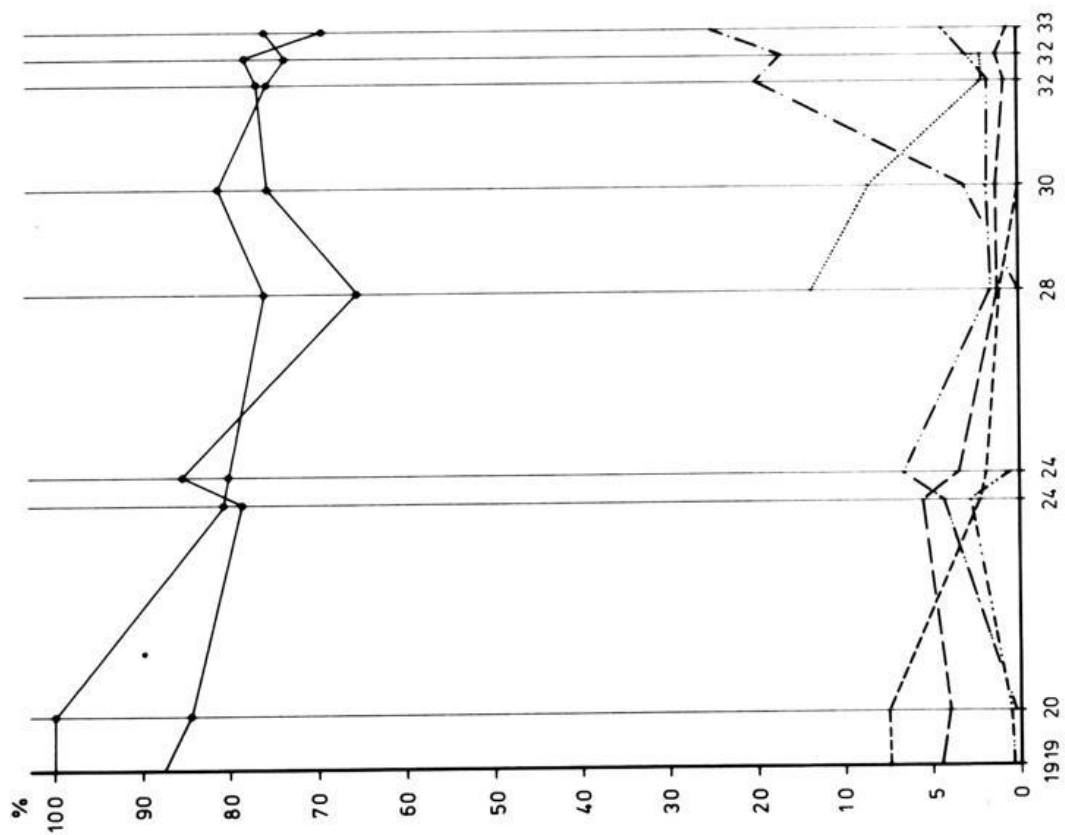


Abb 5 Neuenkirchen



Die folgende Graphik zeigt an einigen Beispielen, daß der Übergang der Wähler vom Landvolk zur NSDAP am stärksten dort der Fall war, wo es dem Zentrum nicht gelang, die verlorenen Wähler wiederzugewinnen, nämlich in den gemischt-konfessionellen Gebieten (Abb. 7).

In den drei Städten (s. Abb. 8, 9 u. 10), bei denen Zahlen für die Stadtgebiete vorliegen, war die Bewegung zu den „Grünen Listen“ der zwanziger Jahre naturgemäß geringer, der Einbruch beim Zentrum in Vechta und Cloppenburg daher weit weniger gravierend. Während für das stärker landwirtschaftlich orientierte Friesoythe der oben geschilderte Ablauf z. T. auch gelten kann, müssen die Stimmen der NSDAP in Vechta und Cloppenburg aus einem anderen Reservoir stammen. Einesteils dürfte die Reichspartei des deutschen Mittelstandes eine ähnliche Rolle gespielt haben wie die Landvolkparteien in den stärker agrarisch bestimmten Gebieten. Sie erhielt 1930 in Vechta 5,5 % und in Cloppenburg 2,6 % der Stimmen. Der Zulauf zur NSDAP von immerhin 28,2 % bzw. sogar 36,9 % in Cloppenburg und Friesoythe in der letzten Reichstagswahl dürfte sich zudem noch aus anderen Quellen speisen, indem der NSDAP selbst ein gewisser Einbruch in die Zentrumswählerschaft gelang, wahrscheinlich bei dem durch die Wirtschaftskrise stark betroffenen Mittelstand, auch wenn dieser zuvor nicht die Mittelstandspartei gewählt hatte¹⁵⁾. Darüber hinaus war das Potential der im Laufe der Entwicklung zerriebenen anderen Parteien in den Städten höher als auf dem Lande.

Wendet man die oben an ausgewählten Gemeinden des Amtes Vechta exemplifizierte These auf die Ämter Cloppenburg und Friesoythe an, so ergibt sich daraus angesichts der Zahlenverhältnisse keine völlig plausible Erklärung. Das Amt Friesoythe mit einem stärkeren protestantischen Bevölkerungsanteil weist keine dementsprechende höhere Stimmenzahl für die NSDAP auf¹⁶⁾.

Tabelle 2: Konfessionsgliederung in den Ämtern Cloppenburg, Friesoythe und Vechta 1932

Amt	römisch-katholisch	evangelisch
Cloppenburg	96,4	3,5
Friesoythe	74,2	25,5
Vechta	93,4	6,5

Die Landvolkpartei konnte im Amtsbezirk Cloppenburg sogar fast 5 % mehr Stimmen gewinnen, während ein Teil der Zentrumsverluste im Jahre 1928 der SPD zugute gekommen sein kann. Der schnellere Zusammenbruch der Landvolkpartei im Friesoyther Raum begünstigte den frühen Anstieg der NSDAP, der im Cloppenburger Bezirk erst 1933 folgte und lediglich knapp 5 % unter der Endmarke des Jahres 1933 im Amt Friesoythe lag.

Den Zusammenhang zwischen Abwärtsentwicklung der Landvolkparteien und Aufstieg der NSDAP in den drei Amtsbezirken verdeutlicht die Graphik Abb. 11 (s. auch Abb. 1, 11a und 11b).

Nähere Aufschlüsse über die Unterstützungsfaktoren des nationalsozialistischen Anstiegs kann die Analyse einzelner Gemeindeergebnisse aus den Ämtern Cloppenburg und Friesoythe liefern. Für letzteres sind Zahlen aus den Gemeinden Barbel und Strücklingen greifbar, die in den Abbildungen 12 und 13 dargestellt sind. In beiden Gemeinden existierten zu Beginn der Weimarer Republik neben dem Zentrum noch weitere ernstzunehmende politische Kräfte, immerhin kamen USPD und DVP zu Zeiten bis auf fast 15 % bzw. 11 % der

Abb 9 Stadt Cloppenburg

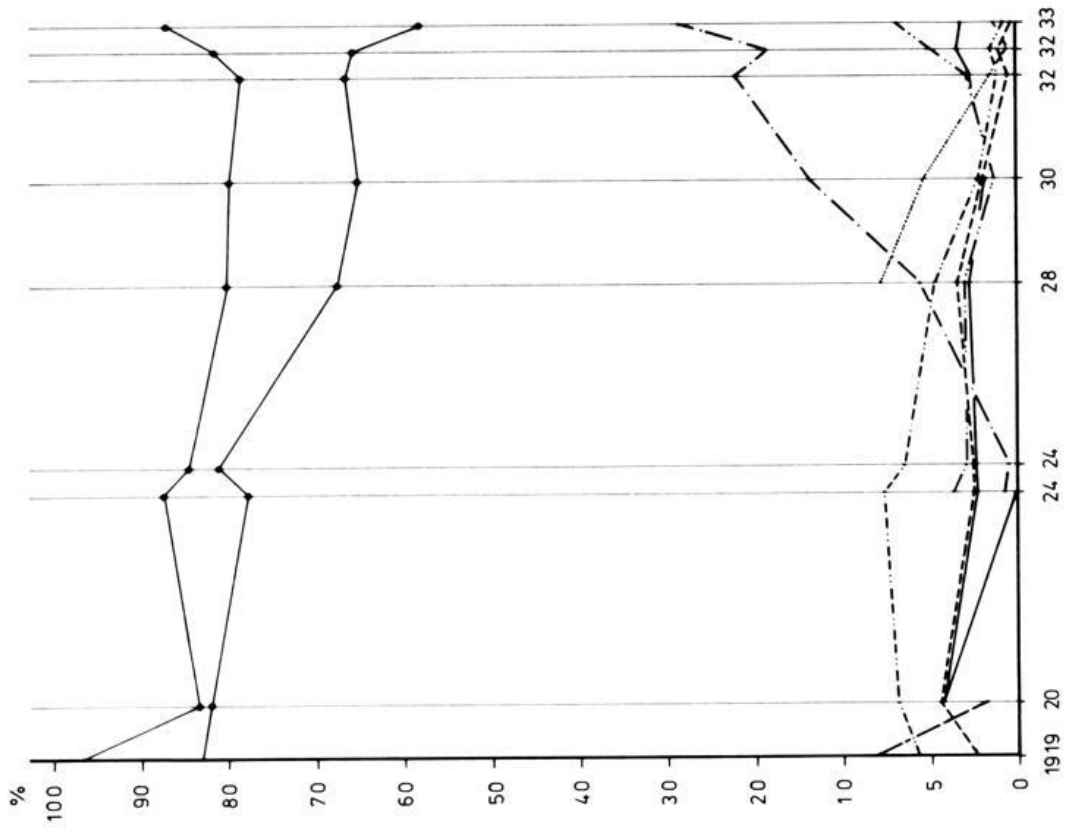


Abb 8 Stadt Vechta

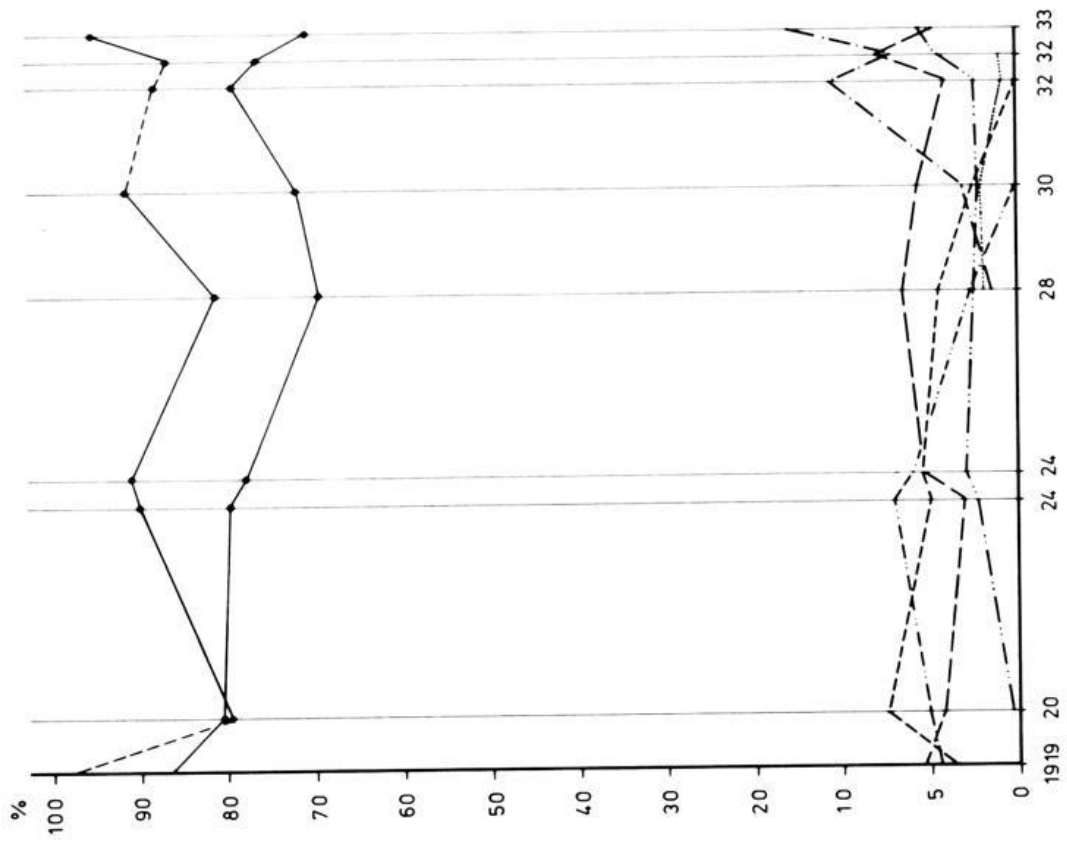


Abb 10 Stadt Friesoythe

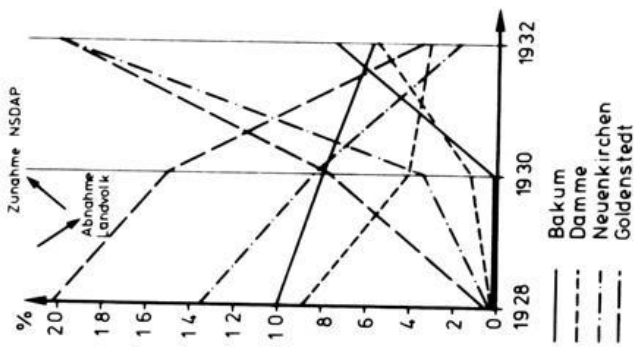
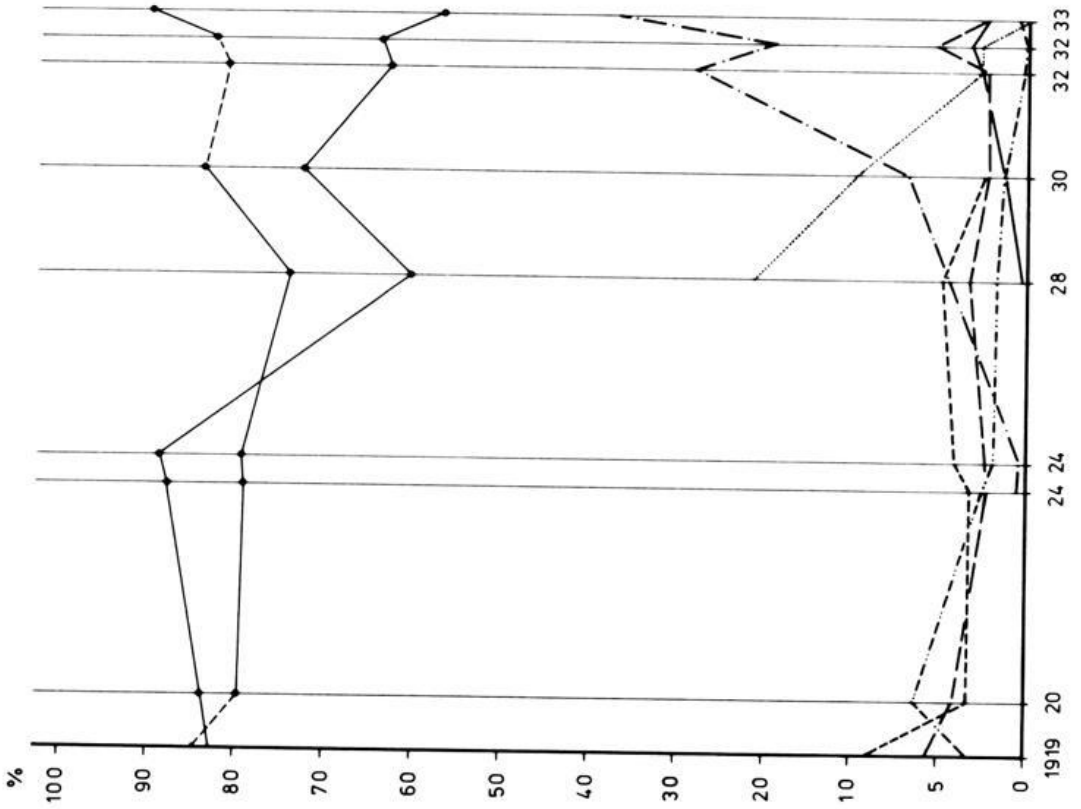


Abb 7 Abnahme der Landvolk- und Zunahme der NSDAP-Stimmen in % der gültigen Stimmen

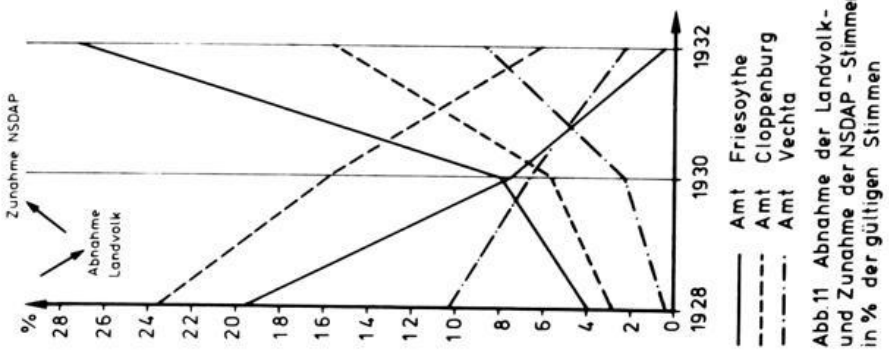


Abb 11 Abnahme der Landvolk- und Zunahme der NSDAP-Stimmen in % der gültigen Stimmen

Abb. 11b Amt Friesoythe

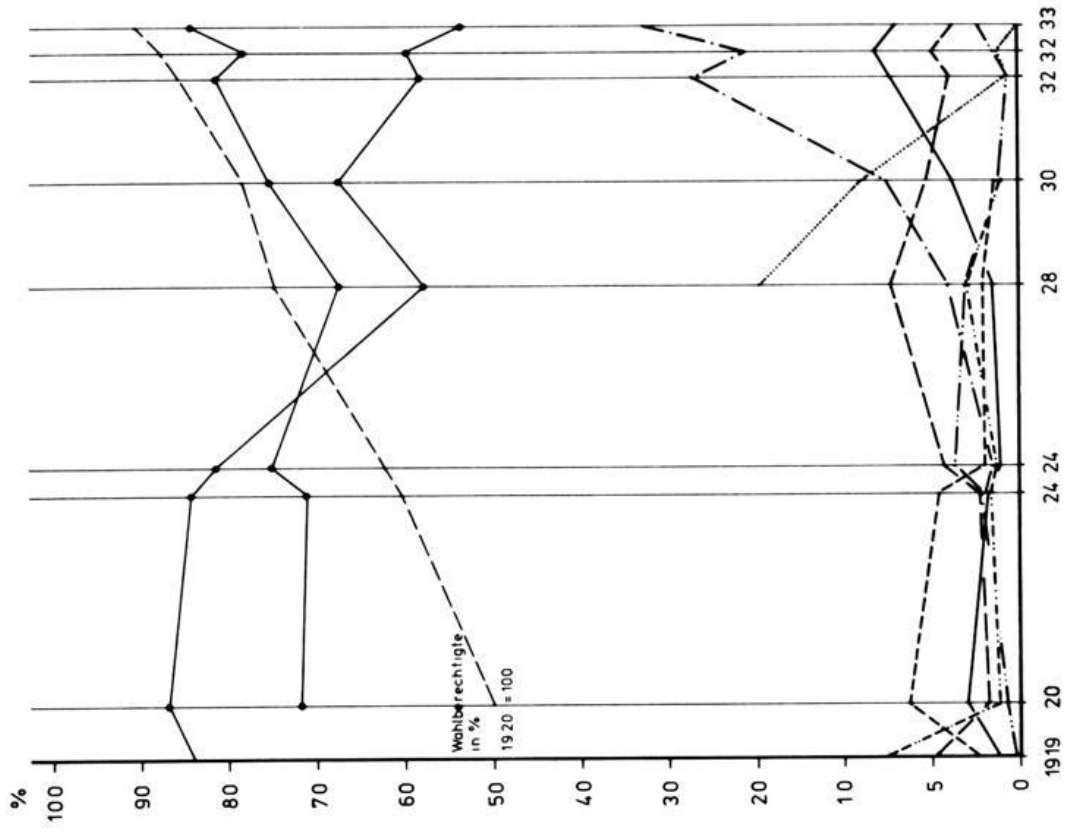
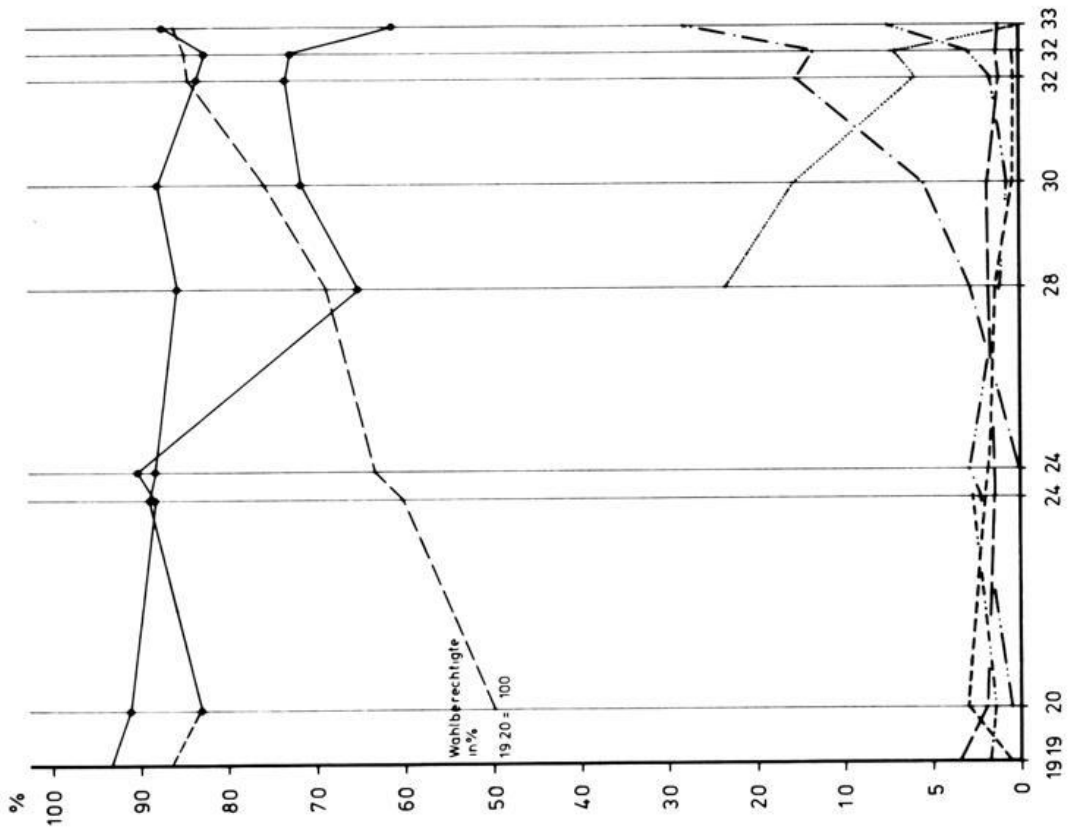


Abb. 11a Amt Cloppenburg



Stimmen. In Strücklingen erreichte die SPD 1919 sogar über 30 %. In Barbel kam die Landvolkpartei 1928 auf über 6 % der Stimmen, ohne daß dies auf Kosten des Zentrums ging, das 1930 knapp 10 % seiner Wähler offenbar direkt an die NSDAP abgeben mußte, die im übrigen von der zerschlagenen politischen Mitte profitierte und dann von dem später einsetzenden Rückgang des Landvolks. Überraschend groß ist der Absturz der Zentrumsstimmen im März 1933, die wiederum der NSDAP zugute kamen.

In beiden Gemeinden, in Strücklingen jedoch in noch höherem Maße, ist eine relativ schwache Wahlbeteiligung bis hin zu den Wahlen des Jahres 1928 zu beobachten, so daß ein großes Reservoir potentieller Wähler zur Verfügung stand, das es auch bis zu über 80 % auszuschöpfen gelang. Die bedrohlichen Einbrüche in den „Zentrumsturm“ kamen in Strücklingen auch der SPD zugute, die 1928 drittstärkste Partei werden konnte. Zwar gelang dem Zentrum 1930 eine gewisse Regeneration, die nicht zurückgewonnenen Stimmen jedoch gingen an die Nationalsozialisten, während die SPD einen Teil ihrer Stimmen an die KPD abgeben mußte und von dieser im Juli 1932 fast um das Doppelte überflügelt wurde; im November 1932 nahm die KPD den dritten Rang ein, indem sie auf 17,8 % der gültigen Stimmen kam.

Aus dem Vergleich der beiden Gemeinden wird deutlich, daß in den konfessionell nicht homogenen Gebieten des Amtes Friesoythe der gleiche Mechanismus der Brückenfunktion der Landvolkpartei zur NSDAP zu beobachten ist (Strücklingen 51,8 %, Barbel 20,9 % Protestanten)¹⁷⁾. Allerdings stieg die NSDAP auch in solchen Gemeinden stark an, wo die Landvolkpartei nur begrenzt Fuß fassen konnte und dies zunächst nicht einmal auf Kosten des Zentrums. Es bestätigt sich hier also der schon häufiger dargelegte Zusammenhang zwischen Konfession und Anfälligkeit für den Nationalsozialismus.

Demnach bleibt die Frage stehen, inwieweit diese Anfälligkeit allein auf die Konfession zurückgeführt werden kann und ob nicht ebenso auch andere Faktoren - angesichts der Krisensituation der Landwirtschaft in erster Linie wohl ökonomische - eine Rolle spielen. Es wäre dann zu fragen, welchen dieser Faktoren, gegebenenfalls unter welchen Bedingungen, Priorität für die Wahlentscheidung zukam.

Vergleicht man die Entwicklung der Stimmenverhältnisse hinsichtlich der Ergebnisse, die die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 und denen von Juli 1932 und 1933 erreichen konnte, so ergibt sich für die Ämter Cloppenburg und Friesoythe folgendes Bild:

Tabelle 3: NSDAP in % der gültigen Stimmen¹⁸⁾

Amt Cloppenburg	1930	Juli 1932	1933
Cappeln	4,4	10,8	13,0
Cloppenburg	13,7	21,8	28,2
Emstek	3,6	11,0	25,7
Essen	4,5	12,3	24,0
Garrel	5,9	23,2	36,9
Krapendorf	5,5	16,2	29,0
Molbergen	5,5	21,9	42,7
Lastrup	3,0	19,6	27,4
Lindern	1,4	13,3	30,9
Lönigen	4,8	13,5	27,5

Abb. 13 Strücklingen

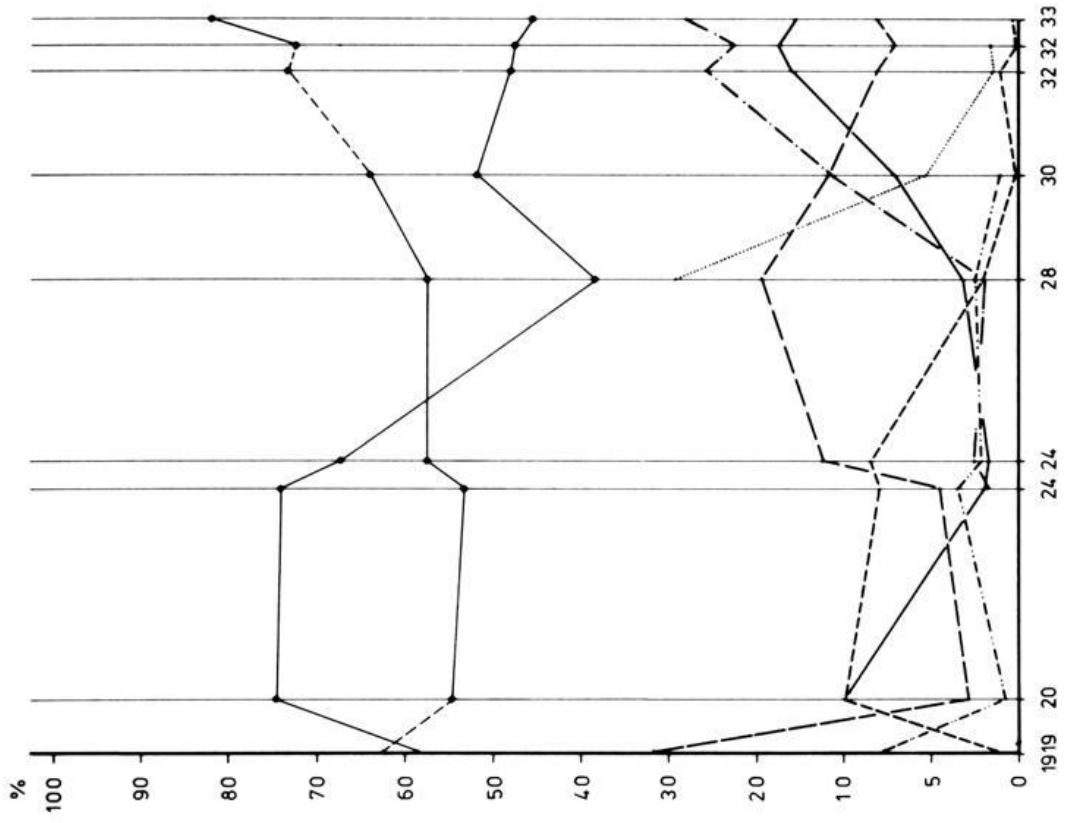
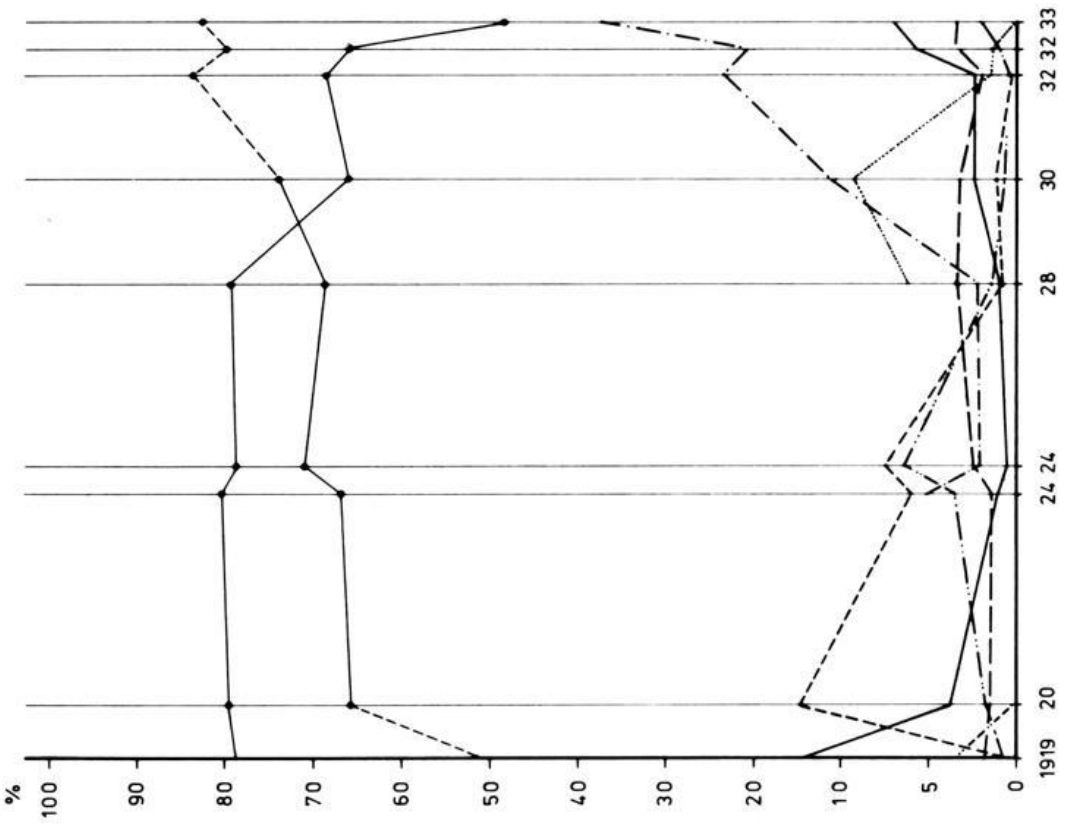


Abb. 12 Barßfel



Amt Friesoythe	1930	Juli 1932	1933
Altenoythe	10,0	42,6	46,5
Barßel	9,2	23,4	22,5
Bösel	1,4	12,7	18,5
Elisabethfehn-Nord	19,9	51,9	} 52,4
Elisabethfehn-Ost	14,8	47,6	
Friesoythe	6,4	28,0	
Markhausen	3,4	22,0	44,8
Neuscharrel	1,4	31,7	50,0
Ramsloh	6,6	22,5	30,8
Scharrel	3,4	14,5	20,7
Strücklingen	10,0	25,8	27,4

Die Zusammenstellung zeigt, daß nicht nur die Stadt Cloppenburg schon bei der Reichstagswahl im Juli 1932 über 20 % NSDAP-Stimmen aufwies - die möglichen Gründe dafür wurden oben diskutiert - sondern auch die Gemeinden Garrel und Molbergen und auch Lastrup nur wenig zurückstanden. Am 5. 3. 1933 erreichte die NSDAP in Garrel und Molbergen 36,9 % bzw. 42,7 % der gültigen Stimmen, womit in Molbergen der Reichsdurchschnitt von 43,9 % nur knapp verfehlt wurde, allerdings bei einer Wahlbeteiligung die ebenfalls knapp (3 %) unter dem Durchschnitt auf Reichsebene lag. Ähnliche Verhältnisse zeigten sich auch in den Gemeinden des Amtes Friesoythe, teilweise noch mit weit höheren Ergebnissen für die NSDAP. Die beiden Gemeinden Garrel und Molbergen sind jedoch deshalb näherer Betrachtung wert, weil für sie der konfessionelle Faktor bei der Wahlentscheidung ebensowenig eine Rolle spielen kann wie der mittelständische. Es sind also Gründe zu vermuten, die in den je spezifischen Gegebenheiten dieser Gemeinden zu suchen sind. Die Wahlstatistik der beiden Gemeinden (Abb. 14 u. 15) zeigt als Besonderheit zunächst die überaus hohen Verluste des Zentrums bei der Wahl 1928, dessen Stimmenanteil in Garrel um 53 %, in Molbergen um 61 % sank. Die Landvolkpartei konnte mit 48,7 % (+ 1,6 % Deutsche Bauernpartei) in Garrel und mit 51,9 % (+ 1,3 % DBP) in Molbergen mit Abstand stärkste Partei werden. In Molbergen flossen aus diesem Verlust der Zentrumspartei auch schon die ersten Stimmen, wenn auch nur 5,8 %, der NSDAP zu. Zwar konnte sich das Zentrum in der folgenden Wahl von diesem Verlust wieder um etwa 20 % auf Kosten der neuen Partei verbessern, der andere Teil der ursprünglichen Einbußen konnte weder vom Landvolk gehalten noch ans Zentrum zurückgeführt werden, er ging zur NSDAP über.

Fragt man nach den Spezifika gerade dieser beiden Gemeinden, so sind ohne weiteres keine strukturellen Besonderheiten im Vergleich zu den anderen Gemeinden des Amtes Cloppenburg auszumachen. Molbergen wie Garrel sind in ökonomischer Hinsicht agrarisch bestimmt und konfessionell fast rein katholisch. Weiteren Aufschluß könnte eventuell eine differenzierende Betrachtung der ökonomischen Grundlagen der beiden Gemeinden geben, die in den Entwicklungszusammenhang der Landwirtschaft am Ende der zwanziger Jahre zu stellen wären.

Aus verschiedenen Gründen, auch solchen die wesentlich durch den internationalen Austausch der Landwirtschaftsprodukte bedingt waren, ergab sich seit Mitte der zwanziger Jahre für die deutsche Landwirtschaft eine verstärkte Kon-

Abb. 15 Molbergen

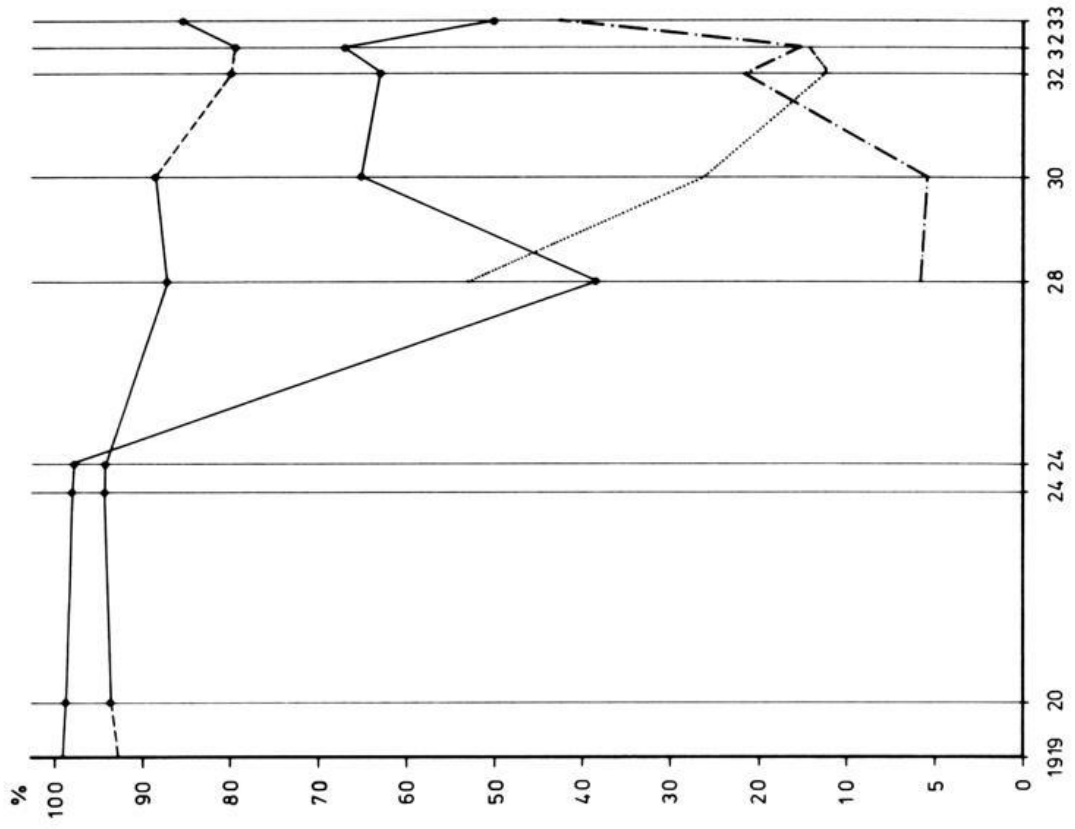
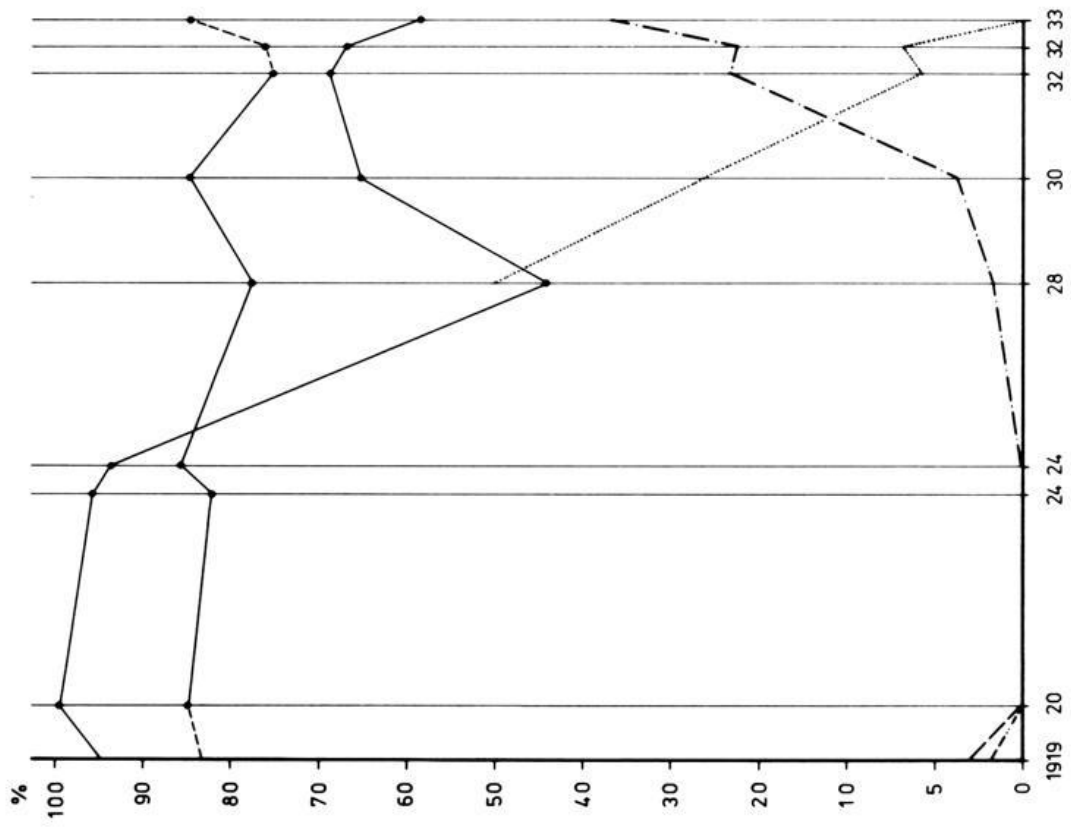


Abb. 14 Garrel



kurrenzsituation, so daß sich ihre Lage zunehmend verschärfte. Die Erholung der Landwirtschaft von den Kriegsschäden konnte nur auf Kreditbasis erfolgen und war den Belastungen eines inzwischen sehr hohen Zinsniveaus ausgesetzt¹⁹⁾. Da diese Kosten angesichts sinkender Preise nicht mehr aufgebracht werden konnten, kam es zu einem starken Anwachsen der Zahl der Zwangsversteigerungen und der Steuerpfändungen. Die Reaktion der Landbevölkerung ging hin bis zu Unruhen und Revolten, die in einer Reihe von Terroraktionen in den besonders betroffenen Gebieten und in sich zu Tumulten entwickelnden Demonstrationen in der Stadt Neumünster kulminierten, sowie in einem Boykott dieser Stadt durch die Bauern des Umlandes vom August 1929 bis zum Juli 1930. Diese Bewegung hatte ihren Kern in Schleswig-Holstein, griff aber auch in der Provinz Hannover, im Rheinland und in Oldenburg um sich, wo es in der Nacht zum 3. 6. 1929 zu einem Anschlag auf das Finanzamt Oldenburg kam²⁰⁾.

Auf unser Problem angewendet wäre zu klären, welche Betriebe der Krise in besonderem Maße ausgesetzt waren. Heberle²¹⁾ stellt für Schleswig-Holstein an allgemeinen Erscheinungen fest, daß die Betriebe auf ärmeren Böden durch die Krise besonders hart getroffen wurden, sich die Betriebe mit schnellem Kapitalumschlag und niedrigeren Kosten der familienfremden Arbeit zunächst widerstandsfähiger zeigten, daß zwar die Betriebe mit weniger fremden Geldern besser fuhren, andererseits aber die Großbauern aufgrund ihrer Rationalisierungsreserven und höherer privater Einschränkungsmöglichkeiten insgesamt weniger getroffen wurden. Unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Erfolgsrechnung standen sich demnach die kleineren und mittleren Betriebe allgemein besser als Großbauern und Güter, jedoch nach dem Kriterium des wirtschaftlichen Druckes, der sich in Arbeitslast und Einschränkung der Lebenshaltung zeigte, erwies sich die Lage dort als besonders problematisch, wo allein mit familieneigenen Kräften gearbeitet wurde. Am schlimmsten jedoch erging es den Siedlern auf ehemaligem Ödland, die häufig auf relativ kleinen und zu hoch verschuldeten Betrieben arbeiteten.

Diese Aspekte eröffnen einer Interpretation der Wahlergebnisse der Gemeinden Molbergen und Garrel neue Möglichkeiten. Die beiden Gemeinden hatten im Amt Cloppenburg den höchsten Prozentsatz an Moorflächen und Ödland, nämlich 77 % (Garrel) und 63 % (Molbergen)²²⁾. Beide Gemeinden sind mit den vergleichsweise ärmsten Böden des Amtes Cloppenburg ausgestattet, wobei die der Gemeinde Molbergen „mit zu den schlechtesten in Niedersachsen“²³⁾ gehören und sich deutlich von den Nachbargemeinden abheben. Ähnliches gilt für die Gemeinde Garrel (ebenso für Altenoythe), wo ebenfalls nur geringe bis schlechte, z. T. sogar (als) sehr schlechte Acker- und Grünlandböden“²⁴⁾ vorhanden sind. Beide Gemeinden haben einen sehr hohen Prozentsatz an Kleinbetrieben (bis 20 ha), nämlich je etwa 89 %²⁵⁾.

Obwohl diese Angaben nur eine relativ grobe Einschätzung ermöglichen, könnte doch mit Recht geschlossen werden, daß innerhalb des Amtes Cloppenburg Molbergen und Garrel durch die Landwirtschaftskrise am stärksten getroffen wurden. Von daher erklären sich also die außerordentlich hohen Verluste des Zentrums und der Aufstieg der Landvolkparteien, nämlich durch die weitaus schwierigere ökonomische Situation der Bevölkerung dieser Gemeinden.

Zu der eingangs angesprochenen Problematik der begünstigenden Faktoren für den Aufstieg der NSDAP lassen sich somit aus dieser knappen Analyse der Ergebnisse im Oldenburger Münsterland folgende Feststellungen treffen:

Als ein Hemmnis für das Eindringen des Nationalsozialismus erweist sich die katholische Konfession der Bevölkerung. In gemischt-konfessionellen Gebieten gelingt es der NSDAP zuerst Fuß zu fassen, und zwar um so stärker, je höher der Anteil der protestantischen Bevölkerung ist.

Angesichts der Krise in der Landwirtschaft geht ein Teil der Wählerschaft der Zentrumspartei verloren, der voll den Interessenparteien der Landbevölkerung zugute kommt, die in einzelnen Gemeinden einen kometenhaften Aufstieg erleben. Die Zentrumspartei kann zwar einen Teil dieser Wähler, nicht aber ihre ursprüngliche Stellung zurückgewinnen. Die Wähler der neuen, reinen Interessenparteien wenden sich von diesen z. T. wieder ab, nachdem sich keine kurzfristige Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zeigt und sehen im Nationalsozialismus eine Alternative, was durch eine gewisse Affinität der Landvolkbewegung zum Nationalsozialismus erleichtert wird ²⁶⁾. Die Korrelation zwischen Rückgang der Landvolkstimmen und Ansteigen der NSDAP-Stimmen ist in den bäuerlich-katholischen Gemeinden der Ämter Vechta und Cloppen-

Aufstieg NSDAP
1930 - Juli 1932

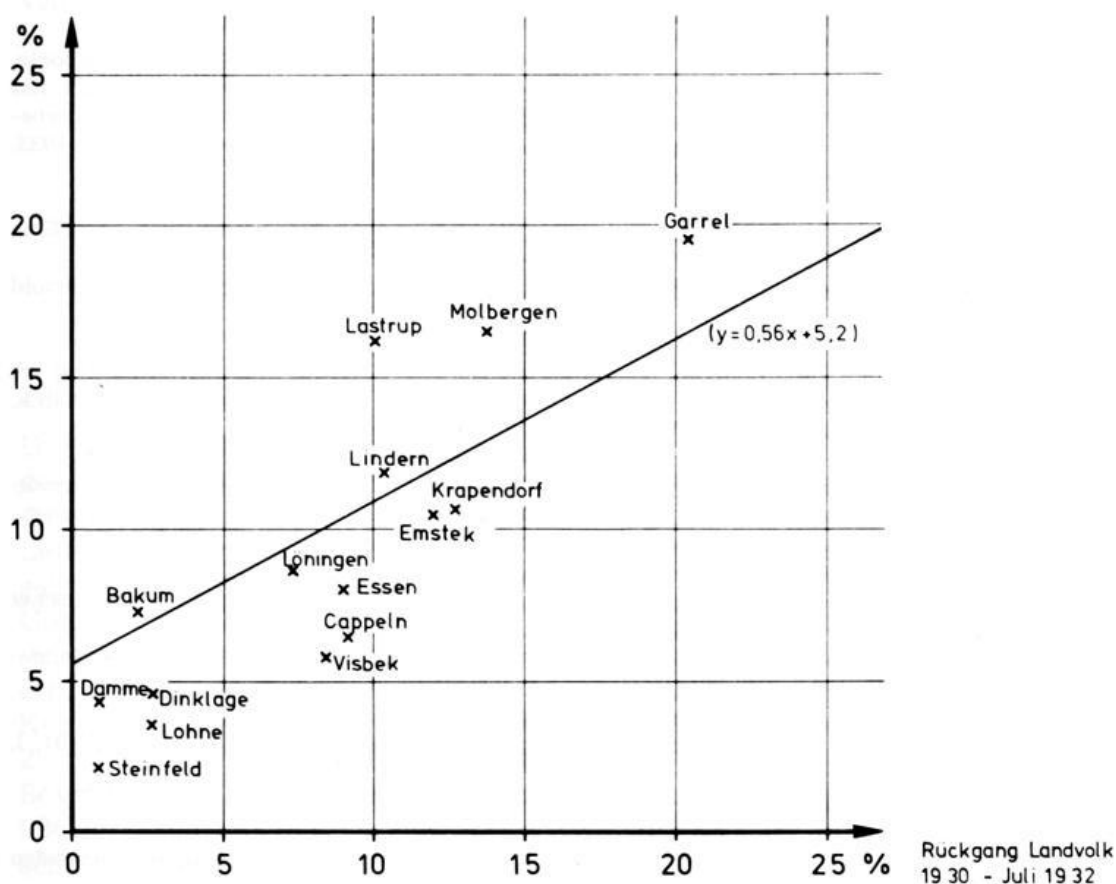


Abb. 16 Korrelation zwischen Rückgang des Landvolks und Aufstieg der NSDAP in katholischen bäuerlichen Gemeinden 1930 - Juli 1932

burg hoch signifikant ($r = 0,78$ bei $N = 13$, Sicherungswahrscheinlichkeit = 99 %, vgl. Abb. 16).

Der Übergang zur NSDAP wurde insbesondere dort erleichtert, wo die Interessenpartei zunächst hohe Anteile erringen konnte. Die Bindungen der Wähler an die Zentrumsparterie waren auch dann substantiell gelockert, wenn sie sich in der nächsten Wahl wieder für ihre angestammte Partei, das Zentrum, entschieden. Diese Wähler waren Wechselwähler geworden, die im weiteren auf das neue Angebot des Nationalsozialismus positiv reagierten.

Für den allgemeineren Zusammenhang kann demnach gesagt werden, daß die katholische Konfession in der Weimarer Zeit zwar einen Resistenzfaktor gegen das Aufsteigen des Nationalsozialismus darstellt, der jedoch nur bei einer ökonomisch halbwegs noch erträglichen Lage wirksam blieb. Sank das wirtschaftliche Niveau unter gewisse Mindestgrenzen, wurde die Konfession sekundäres Wahlentscheidungskriterium. Unter der Voraussetzung, daß die Anbindung an die katholisch-konfessionelle Zentrumsparterie einmal instabil geworden war, konnte die NSDAP dann auch in katholischen Gebieten solche Resonanz gewinnen, daß ihr ein Anstieg in den Reichstagswahlen vom März 1933 bis zu den Reichsdurchschnittswerten möglich wurde²⁷⁾.

Anmerkungen

- 1) Alfred Milatz: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn², 1968
- 2) Münsterische Morgenpost vom 7. 3. 1933
- 3) Wolfgang Abendroth: Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5, 1957, S. 301; zum Methodenproblem vgl. auch das soeben erschienene Werk von Otto Büsch, Monika Wölk, Wolfgang Wölk (Hrsg.): Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871-1933, Berlin 1978
- 4) Abendroth, S. 307
- 5) Für die Zeit 1918-1933 vgl. Martin Schumacher: Wahlen und Abstimmungen 1918-1933. Eine Bibliographie, Düsseldorf 1976
- 6) Hans Hüls: Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik, Detmold 1974
- 7) Günther Franz: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867-1949, Bremen 1951
- 8) Ernst-August Roloff: Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961 und ders.: Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918-1933, Braunschweig 1964
- 9) Errechnet nach: Münsterländische Tageszeitung (MT) vom 13. 1. 1912 bzw. vom 20. 1. 1919
- 10) Angegeben ist die Summe der Stimmen für die „Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei“ und die „Deutsche Bauernpartei“; letztere kam allerdings nur auf wenig über ein Prozent.
- 11) Zahlen nach: Schematismus der Diözese Münster, Münster 1932
- 12) Zu der steigenden Zahl der Wahlberechtigten vgl. die Abbildungen 1, 11a und 11b
- 13) Rudolf Heberle: Landvolk und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung politischer Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963, S. 159
- 14) Vgl. Horst Gies: NSDAP und landwirtschaftliche Organisation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15, 1967, S. 341 ff.
- 15) Vgl. Seymour Martin Lipset: Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S. 154
- 16) Zahlen nach: Statistik des Deutschen Reiches, bearb. v. Statistischen Reichsamte, Bd. 401, I, Berlin 1928, S. 380
- 17) Zahlen nach: Schematismus der Diözese Münster
- 18) Zahlen nach Oldenburgische Volkszeitung (OV) und MT
- 19) Vgl. Ernst Klein: Geschichte der deutschen Landwirtschaft im Industriezeitalter, Wiesbaden 1973, S. 165 f.
- 20) Herbert Michaelis, Ernst Schraepler (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. VIII, Berlin o. J., Nr. 1831, S. 487
- 21) Heberle, S. 128 f.

- 22) Zahlen nach: Der Kreis Cloppenburg vor 100 Jahren, hrsg. vom Arbeitskreis für Heimatkunde im Katholischen Oldenburgischen Lehrerverein, Heft 4, Vechta 1958, S. 51 f.; die Prozente sind aus den Daten für 1910 errechnet, die den Verhältnissen gegen Ende der zwanziger Jahre von den dort gegebenen Zahlen für 1893, 1910, 1948, 1956 am nächsten kommen dürften; für 1927 konnten schon die Autoren des Heftes keine Unterlagen beschaffen.
- 23) Paul Hesse und Ernst Köhne: Die Landwirtschaft im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen, ihr gemeindeweiser Aufbau, ihre Betriebsformen und Leistungen, Teil I, Oldenburg 1942, S. 545
- 24) Ebd. S. 276
- 25) Errechnet aus den Zahlen für 1949, nach: Landwirtschaftskammer Weser-Ems: Agrarstrukturelle Vorplanung Landkreis Cloppenburg, 1972, S. 6; die dort für 1949 angegebenen Zahlen dürften unseren Zeitraum insgesamt noch zutreffend beschreiben, sie differieren nur geringfügig von den von Hesse/Köhne für die entsprechenden Landbauzonen (eine jeweils zusammengefaßte Anzahl von Gemeinden gleicher oder sehr ähnlicher Strukturmerkmale) angegebenen.
- 26) Vgl. Heberle, S. 157
- 27) Vgl. dazu auch die von Schauff 1928 konstatierte Gefährdung der Zentrumspartei. In dessen Analyse der Reichstagswahl von 1928 werden zwar die Verluste tabellarisch ausgewiesen, ohne daß jedoch auf die Ursachen für den in absoluten Zahlen höchsten Verlust in Oldenburg und die dafür verantwortlichen Ursachen eingegangen wird. Von 1924 bis 1928 ging der das Zentrum wählende Anteil der Katholiken in Oldenburg von 93,4 % auf 75,8 % zurück, war aber immer noch der höchste Anteil im Reich; Johannes Schauff: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, hrsg. u. eingel. v. Rudolf Morsey, Mainz 1975, S. 191 f u. 198

Die graphischen Darstellungen der Wahlergebnisse sind erstellt nach den Angaben in der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Statistik des Deutschen Reiches; benutzt wurden die Bde 291, II; 315, II; 315, IV; 372, II; 382, II; 434.

Soweit Zahlen für die Gemeinden dort nicht angegeben waren, wurden sie der Oldenburgischen Volkszeitung und der Münsterländischen Tageszeitung entnommen.

100 Jahre Pfarrkirche St. Jacobus in Lutten

Ein Beitrag zur Baugeschichte

VON ENGELBERT HASENKAMP

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts waren in verschiedenen Kirchspielen des Münsterlandes die alten Gotteshäuser vielerorts entweder baufällig geworden oder genügte räumlich nicht mehr den gestellten Anforderungen. Auch in Lutten mehrten sich die Stimmen für einen Kirchenneubau. Die Vorbereitungen setzten schon im Herbst 1867 ein, mehr als ein Jahrzehnt vor Baubeginn. Das neue Gotteshaus wurde am 16. Oktober 1879 seiner Bestimmung übergeben. Aus Anlaß dieser Hundertjahrfeier und des nachweislich vor 500 Jahren (1478) als ersten Pastor in Lutten genannten Menke van Kappeln will die Katholische Kirchengemeinde im Herbst 1979 eine Festwoche begehen.

Zur gleichen Zeit, als man sich in Lutten mit Neubauplänen befaßte, war die Bevölkerung dort innerhalb der letzten 40 Jahre von gut 700 Einwohnern auf 986 gestiegen (= 178 Wohnhäuser mit 196 Haushalten). Dieser Umstand ist wahrscheinlich auf die schon frühzeitig durchgeführte Markenteilung zurückzuführen, denn kurz danach begann infolge der Eigenkulturen ein Ansteigen der kultivierten Flächen. Das wiederum hatte ein Anwachsen der Siedlungen und damit das Ansteigen der Bevölkerungszahl zur Folge. Zum anderen wies Lutten bei der Feststellung im Jahre 1866 ¹⁾ von allen Gemeinden den höchsten Prozent-

